



Foto: Ulrich Heilmann

Kriminalisierter Eigenbedarf

Am Anfang aller Lieferketten geht es um Leben und Tod

SIGRUN MATTHIESEN

Die Förderung von Erdöl oder Gas, der Abbau von Eisen-, Kupfer- und anderen Erzen, das Schürfen nach Edelmetallen und Seltenen Erden – Rohstoffgewinnung scheint immer ein Geschäft für die Großen zu sein. Global agierende Konzerne, deren Namen vor allem jene kennen, die den Börsenkursen aufmerksam zuschauen. Doch auch diese Großen wären nicht handelsfähig ohne die Kleinen. Das gerade in der BRD so geschätzte »Klein-« und mittelständische Unternehmertum (KMU) existiert auch beim Abbau von Bodenschätzen und ihrer Bereitstellung als Rohstoff. Nicht in der Lausitz oder im Ruhrgebiet. Aber in der Ölförderung des westafrikanischen Staates Nigeria oder im Goldbergbau Simbabwe, um nur zwei Beispiele zu nennen, sind derartige KMU zahlreich vertreten. Wobei viele von ihnen präziser als Soloselbstständige beschrieben wären, fänden sie Erwähnung in den Wirtschaftsnachrichten der Rohstoffimportländer. Was nicht geschieht. Berichte über dieses erste Glied der Lieferkette gibt es allenfalls gelegentlich am hinteren Ende der Auslandsnachrichten unter der Schlagzeile »gewalttätige Auseinandersetzung«. So wie im Nigerdelta, wo Konflikte um undichte Pipelines, zerstörtes Mangroven-Ökosystem und durch die Erdölförderung verseuchte und ausgetottete Fischbestände seit Jahrzehnten Verletzte und Tote fordern. Mit durchschnittlich 1,5 Millionen Barrel pro Tag ist der Staat Nigeria weiterhin der größte Erdölproduzent Afrikas. Doch im Nigerdelta, aus dem der überwiegende Teil dieses Öls stammt, lebt mehr als ein Drittel der Bevölkerung unter der internationalen Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar am Tag. Vor allem die jungen Männer, die zu diesem Drittel zählen, nutzen diese einzig vorhandene Ressource zum eigenen Überleben. Sie zapfen die Rohölleitungen der Konzerne an und raffinieren selbst. Entweder für ihren Eigenbedarf oder im Dienste einer der zahlreichen Mikro-Raffinerien in den verzweigten Flussarmen des Deltas. Wie die funktionieren, beschreibt

Adewale Maja-Pearce in einem im Januar 2022 erschienenen Beitrag für die »London Review of Books«. Rund 5.000 US-Dollar seien nötig, um ein solches illegales Kleinunternehmen einzurichten. Einschließlich der Kosten für die Versorgung der Arbeiter mit Gummi- und Schlafgelegenheiten. Das eigentliche Raffinieren geschieht in einer Art überdimensionierter Kochtöpfe über offenen Feuern. Die wiederum werden ebenfalls mit Öl entfacht, denn Holz gibt es in den Mangrovensümpfen schon lange nicht mehr. Ständig ereignen sich Unfälle und tödliche Explosionen.

Dennoch produziert so eine von Adewale Maja-Pearce beschriebene Mikro-Raffinerie pro Nacht 80 bis 150 Fässer Öl à 200 Liter. Der Verkaufspreis pro Fass liegt bei 60 US-Dollar, die Arbeiter bekommen pro Nacht 2,50 US-Dollar. Das sind Gewinnspannen, die zu Revierkämpfen führen. Dabei kommen die konkurrierenden Kleinunternehmer nicht ohne mit Kalaschnikows bewaffnete Sicherheitsdienste aus. Auch Militär und Polizei greifen immer mal wieder zu den Waffen, um zu demonstrieren, dass der Staat gegen »illegale Raffinerien« vorgeht. Ohne diese kleinen Unternehmen gäbe es aber im Nigerdelta nicht genug Kerosin zum Kochen, zu wenig Treibstoff für das wichtigste Transportmittel – die Motorboote – und auch im Rest des Landes würde es an Diesel fehlen, um die nur per Lkw mögliche Versorgung aufrechtzuerhalten. Die vier staatseigenen legalen Raffinerien sind permanent defekt und erzielen deshalb nur einen durchschnittlichen Output von 20 Prozent ihrer theoretischen Kapazität. Der Rohölexporteur Nigeria muss also Kerosin und Treibstoff zu Preisen importieren, die kaum jemand im Land bezahlen kann. Dazu in einer Qualität, die beispielsweise was den Sulphur-Gehalt angeht, EU-Grenzwerte um das 200-Fache überschreitet. Dagegen ist der Stoff aus den Mikro-Raffinerien deutlich sauberer. Die illegalisierten Kleinunternehmer sind also eine Stütze des Bruttoinlandsprodukts.

Ähnliches lässt sich auch von den Klein- und Kleinstbetrieben im Goldbergbausektor

Simbawes sagen. Über sie veröffentlichte das Südafrikabüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung kürzlich eine höchst lesenswerte englischsprachige Studie. Laut offiziellen Zahlen für das Jahr 2018 förderten diese »KMU« 21,7 Tonnen Gold. Fast doppelt so viel wie die großen Bergbaufirmen im Land. Darin nicht eingerechnet ist all jenes Gold, das an den offiziell einzig legalen Abnehmern – der zuständigen Zentralbank-Unterorganisation »Fidelity Printers and Refiners (FPR)« – vorbei auf den internationalen Markt geschmuggelt wird. Das Schürfen selbst ist, anders als in vielen Ländern, in Simbabwe nicht illegal. 50.000 Kleinunternehmer sind in diesem Sektor registriert. In Wirklichkeit existieren vermutlich zehn Mal so viele, ihnen ist die Registrierung zu teuer und zu bürokratisch. Denn allein schon die Ausrüstung – Hammer, Schaufel, Seile und etwas Sprengstoff – ist für die allermeisten Schürfer unbezahlbar. Selbst wenn sich fünf oder zehn von ihnen in Syndikaten zusammenschließen, sind sie auf einen sogenannten Sponsor angewiesen. Das ist in der Regel ein wohlhabender lokaler Geschäftsmann, der gegen eine Erlösbeteiligung die Werkzeuge finanziert, und der über ein Auto oder wenigstens ein Mofa verfügt, mit dem das goldhaltige Gestein zum Zerkleinern in die nächste Gesteinsmühle gebracht werden kann. Dort werden pauschal zehn Prozent des angenehmen Enderlöses als Gebühr einbehalten. Oft bieten sich die Mühlenbesitzer auch als Zwischenkäufer an. Sie entscheiden dann selbst, ob ihnen der Tagespreis der staatlichen FPR oder der auf dem Schwarzmarkt attraktiver erscheint.

Die exakte Höhe des Enderlöses kennen die Schürfer nie, sie gehen aber zu Recht vom Zwei- bis Dreifachen ihrer eigenen Einnahmen aus. Die bewegen sich um einen Durchschnitt von 70 US-Dollar pro Gramm reines Gold. Gleichgültig, ob sie – in Flipflops, Shorts und ohne Helm – dafür über Wochen, Tage oder Stunden Felswände zerhauen und Geröll geschaufelt haben. Diese Arbeit ernährt rund drei Millionen Simbawerinnen. Sie sichert die Deviseneinnahmen ihres Staates – und sie beeinflusst die Börsenkurse weltweit.

SCHWERPUNKT ROHSTOFFE

Seite 3 Haben oder sein? Das Paradox der Rohstoffökonomie: Abhängigkeit ist profitabler als Reichtum

Seite 12 Verweile doch, du bist so schön Längere Nutzung ist nachhaltiger als jedes Recycling und verlangt gemeinschaftlich genutzte Strukturen

Seite 18 Revierkämpfe in der Tiefsee Der Meeresboden ist reich an Schätzen. Ob aus ihnen Rohstoffe werden müssen, bleibt umstritten

MURX

SIGRUN MATTHIESEN

Ungefähr die Hälfte aller erwachsenen Ukrainer:innen besaßen bei Kriegsbeginn einen biometrischen Pass. Ein Dokument, das schon in Friedenszeiten Grenzen durchlässiger macht, Papierkram erspart und das Sortieren an der Pforte Computern überlässt. Das kann eine gute Nachricht sein, vor allem für Personen, die aufgrund ihres Äußeren oder ihres Namens regelmäßig mit dem Rassismus menschlicher Staatsorgane konfrontiert sind. Rom:nja beispielsweise, laut dem European Roma Rights Centre die größte undokumentierte Bevölkerungsgruppe in der Ukraine. In einer Umfrage von 2020, beauftragt von der UN, hielten es 27 Prozent der befragten Ukrainer:innen für richtig, die Menschenrechte von Rom:nja unter bestimmten Umständen zu beschränken. Weitere 10,3 Prozent fanden das grundsätzlich richtig, unabhängig von den Umständen. Ganz so offen rassistisch wird das in anderen Ländern der europäischen Wertegemeinschaft mittlerweile nicht mehr ausgesprochen. Aber praktisch herrscht große Einigkeit: Rom:nja, die jetzt vor Bombenangriffen fliehen, werden zuerst von ukrainischen Grenzschutzern daran gehindert, das Land zu verlassen. Dann in Polen oder der Slowakei aus den Zügen gedrängt. Wenn sie es trotzdem irgendwie bis in die österreichische oder deutsche Willkommenskultur schaffen, wird ihr Status als Kriegsflüchtlinge angezweifelt. Immer mit dem Verweis auf fehlende oder unvollständige Papiere. »Der Pass ist der edelste Teil des Menschen« heißt es in den »Flüchtlingsgesprächen« von Bertolt Brecht. Er schrieb sie 1940/41 im Exil in Finnland. Zur gleichen Zeit begann in der besetzten Ukraine der Genozid an Roma durch deutsche Soldaten und Polizisten.

